

Versteht täglich
wöchentlich mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 P., 1/2jährlich 1.50 P.,
jährlich 3.00 P. Durch
die Post bezogen 1.65 P.

„Die Neue Welt“
(Anschaffungsbeitrag) durch
die Post nicht bezugsbar. kostet
monatlich 10 P., 1/2jährlich 30 P.

Volksblatt

Insertionsgebühr
beträgt für die 5spaltigen
Zeilen oder deren Raum
15 P. für Wohnungs-
Bereits- und Veranlagungs-
anzeigen 10 P.

Insertate für die fällige
Nummer müssen spätestens am
Dienstag 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-
zeichnungsliste unter Nr. 7067.

Offizielles sozialdemokratisches Organ
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Durckfurt, Desslich-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Nr.: Volksblatt Halle.

Notiz: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 104

Wittwoch den 6. Mai 1896.

7. Jahrg.

Maifeier.

Nachdem nunmehr aus allen Teilen Deutschlands und des Auslandes die Berichte über den Verlauf der Maifeier vorliegen, läßt sich ein allgemeines Urteil abgeben. Dasselbe muß dahin lauten, daß allerorten die Beteiligung an der Feier eine wesentlich stärkere gewesen ist als in früheren Jahren, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai von weit mehr Gewerken angebahnt bez. durchgeführt worden ist als bisher, daß die Begeisterung eine zum Teil elementare war und daß trotz der vielfach bemerkbar gewordenen Provokationen von Seiten der bekannter Leute mit den „konfessionierten Gewerkschaften“ infolge ausgezeichneter Selbstbeherrschung des klassenbewußten Proletariats die Feier mit wenigen Ausnahmen ohne jede Störung in voller Würde verlaufen ist. Das Proletariat hat bewiesen, daß es den Abenteurern aller Gattungen überlegen ist.

Das Unternehmertum hat sich zum guten Teile der Stimmlichen Scharfmarktpolitik nicht gefügt. Das ist verständlich. Allerdings haben außer verschiedenen Kleingewerbetreibenden, die sich rechtlich gegen dem Schweiß ihrer paar Pforten und vielen Lehrlinge nähren, auch größere Industrie- und Handelsbetriebe, wie gegen das Beispiel der Arbeit aufgeführt; aber es steht keine Kraft mehr dahinter. An einem Orte wurde der tödliche Beschluß gefaßt, die Mandementstrafen ein halbes Jahr lang nicht zu beschließen; an anderen Orten kamen die Unternehmer überhin, die Feiern den nur bis zum 5. Mai auszurufen; in Berlin ließ man es jumeist bei der Ausperrung für den 2. Mai bewenden; nur einige Metallindustrie, so die Firma Schöffer u. Dehlmann auf der Chausseestraße, nahmen Massendemonstrationen vor. Das ändert jedoch an dem Gesamtcharakter nichts, daß die Unternehmer mit dem 1. Mai als Feiertag, gebührender Größe rechnen lernen. Unmöglich ist es, ausführlicheren Bericht über den Verlauf des Festes in den einzelnen Orten zu erstatten. Das würde ein Buch geben.

In Berlin waren schon die Vormittagsparaden zum großen Teile überflüssig; die Nachmittagsparaden stießen zum Teil auf polizeilichen Widerstand, so wurde der 1200 Personen fassende Zug der Schuhmacher zerstreut; die Teilnehmer am Zuge fanden sich später wieder zusammen. Die Abendveranstaltungen waren zum Erdbeben voll und verliefen zur größten Zufriedenheit.

In Wilmersdorf durfte Genosse Bebel nicht sprechen, drei Frauen in der Versammlung anwesend waren, der Einberufer aber, Genosse Gustav Röber, Mitglied des Bildungsbereins sei, die Versammlung also einen „politischen Charakter“ habe, auch wurde die Telleranmeldung mit 134 Mart beschlaggenommen. Auch nicht schlecht!

In Hamburg verlief die Feier gleichfalls glänzend und unter riefenhafte Beteiligung; auch die Berichte aus Altona, Harburg, Kiel und anderen nordischen Städten lauten gleich günstig.

In Breslau ist die Maifeier betragel; trotzdem fanden sowohl die Spaziergänge der Gewerkschaften als namentlich auch die abendlichen Volksversammlungen starke Teilnahme.

Dresden, Leipzig, Chemnitz und viele andere sächsische Städte haben noch nie eine so glänzende Maifeier gehabt wie heuer, trotz aller behördlicher Einengungen und Beschneidungen. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig, also außerhalb des Reichsbildes der Stadt, war von Polizei fast nichts zu spüren. Der Amtshauptmann Plagmann weiß, daß die Arbeiterhaft selbst auf Ordnung zu halten verfeht; die Gesamtbeteiligung an der Demonstration wird auf 30000 angegeben.

Aus Hannover, Braunschweig und den rheinischen Städten lauten die Berichte sehr günstig; in Elberfeld haben mehrere Fabrikanten den Arbeitern ohne Weigerung Arbeitsruhe gewährt.

In Aachen wurde die Versammlung wegen zu starken Besuchs aufgelöst.

Glänzend ist die Maifeier in den größeren süddeutschen Städten verlaufen, in München, wo Vollmar sprach, in Nürnberg, Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt a. M. und anderswärts. In Stuttgart war soeben Gen. Lauscher aus dem Gefängnis entlassen und von einer nach Tausenden zählenden Volksmenge von Bahnhöfen nach dem Festlokal geleitet worden, wo er die Abendrede zu halten hatte. Während derselben wurde von außen eine Scheibe mittels eines Schusses zertrümmert, und der Genosse Lauscher, dem eines schweren Stück Fensterglas auf die Stirn fiel, wurde schwer verletzt.

In Detmold ist die Feier, wie die Berichte übereinstimmend lauten, von ungeheuren Mengen gefeiert worden. Im Wiener Prater kam es gegen eine Schankkneipe, in welcher den Arbeitern kein Bier verzapft wurde, zu Ausschreitungen. Die W. Arb. Ztg. teilt indes mit, daß der Tumult von den Waffern, nicht von den Zugteilnehmern durchgeführt wurde.

In London und anderen englischen Städten waren Hunderttausende als Demonstranten auf den Beinen, die ungeheuren Versammlungen im Hyde Park zu London gingen ohne jedwede Störung vor sich; Polizei war nirgends zu sehen; Luise Michel, Bernstein u. a. sprachen. In Belgien ist es an mehreren Orten zu Kämpfen zwischen Polizei und Arbeiterhaft gekommen, doch scheinen die Polizeimassnahmen nirgends einen schweren Charakter angenommen zu haben.

In Italien erschienen sämtliche Blätter am 2. Mai nicht, weil das gesamte Personal der Druckereien feierte. (Das Gleiche ist übrigens in Wien geschehen). In Frankreich ist die Maifeier ruhig verlaufen.

In Ungarn verbot die Regierung alle Veranstaltungen zur Maifeier. Berichte aus Ungarn liegen noch nicht vor, doch aus Preßburg wird unter 30. v. M. gemeldet: Da jedoch der Behörden die Maifeier verboten wurde, beschloßen die Arbeiter, morgen mittag nach der österreichischen Landesgrenze zu marschieren und eine große Versammlung abzuhalten.

Die Maifeier in der Schweiz war härter und eindrucksvoller als in den Vorjahren, wenn auch das Wetter außerordentlich ungnädig war. Es regnete den ganzen Tag.

Auch in den Balkanstaaten Rumänien, Serbien, Bulgarien haben sich dieses Jahr entscheidende Anläufe zur Organisierung einer allgemeinen Maifeier gezeigt.

So lauten die Berichte aus allen Ländern zufriedenstellend, zum Teil glänzend. Und es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß von Jahr zu Jahr der Bessere Fortschritt der Arbeit an Bedeutung zunehmen wird. Das Proletariat thut recht daran; denn die Maifeier ist auf viel weitere Ziele noch gerichtet als auf Erringung des Achtstundentages; sie ist gerichtet auf die Erlangung der Lohnarbeit aus den Fesseln des Kapitalismus überhaupt.

Reichstag.

82. Sitzung vom 2. Mai, 1 Uhr

Die Tagesordnung wurde, nachdem der Präsident angezeigt hat, daß der Abg. v. Sollewiler (son.) infolge Abmenschens sein Mandat niedergelegt hat, durch Beratung der Interpellation Meyer-Danzig (freisinn.) ausgestellt betreffs Konventionierung der Reichsanleihe. Der Reichssekretär erklärte, daß die Regierung nicht daran denke, in dieser Session eine Vorlage zu machen, die 4 und 3/4prozentigen Staatsanleihen in 3prozente zu konvertieren.

83. Sitzung vom 4. Mai 1896, 1 Uhr.

Der Reichstag beschäftigte heute die Interpellation wegen der Verfassungswidrigkeit der Verkündung des Abgeordneten Baub. Als Begründer der Interpellation legte Abg. Siedlitz in klarer, erschöpfender Worten dar, daß weder die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Verfassung überhaupt vorliegen, noch das weitere spezielle Erfordernis für die Verkündung eines Reichstagsabgordneten: daß er bei Verkündung der Thät oder im Laufe des nachfolgenden Tages ergriffen wird. Nach dieser Verfassungsmäßigkeit, sondern des Reichstages als solcher und damit des Volkes, wies nachdrücklich auf die Zunahme eines ungesetzlichen Sinnes unter den Reichsbeamten hin und kennzeichnete endlich die unausführliche Erörterung solcher Willkürlichkeiten auf die Glas-Vorbringer. Unbeachtbar war der Anblick der verlegenen Gesichter am Bundeskanzler während der Rede von Baub. Nach dem Reichssekretär überließ er, der vorher eine Reihe von Gründen für die Verkündung gehabt hatte, zog sich jetzt auf den einen zurück, daß ein etwaiger Verstoß Baub's habe verhindert werden sollen. „Sünden der Thät“ zu verhindern. Einer „Thät“ Verfassung und Verkündung des Reichstages und „Sünden“ bestehend in einem Abg. hatte, das sich in den Händen von Tausenden von Lesern und auch in denen des Staatsanwalts befand! Der Reichssekretär legte dem Bundeskanzler wieder gerades die Worte der Abredeung in den Mund. Auch dieser Abgeordnete erklärte, daß er den geschriebenen Verfassungsentwurf und verlangte namens seiner Fraktion Verkündung der Schuldigen. Am schloß sich Ribbert an, dagegen erlaubte der Reichshausen Polizei ein einziger Verteidiger in Herrn v. S. u. m. Der Urheber so manches berüchtigten „Dementis“ erklärte sich die Wichtigkeit Baub's in Zweifel zu ziehen. Abg. Baub selbst gab eine genaue, eingehende Schilderung der Vorgänge und Bebel erklärte, nachdem er dem Reichssekretär und dem Reichshausen v. S. u. m. treffend erwidert hatte, daß die sozialdemokratische Fraktion nomeninablen — d. h. wenn die Oberstaatsanwaltschaft sich zur Verurteilung der Schuldigen weigert — dem Reichstag einen Antrag zur Verfeinerung der Verfassung vorlegen werde.

verhandelt, und zwar kam sie diesmal von zwei Seiten zugleich. Der zum Glück unverletzte Kutcher war aus seiner leichten Betäubung erpopt und konnte sich nun der Verleumdung bemächtigen, wobei ihn ein Voreurtheil unterstützte, die in der That geschriebene Verfassung war ausgeschildert und mit Laß Allding bezugsfertig. Auch das Unwetter hatte ausgetobt.

Die Damen verließen natürlich sofort den Wagen, sobald sich die erste Möglichkeit hierzu bot, wobei es sich zeigte, daß sie unentgeltlich geblieben waren, wenn auch der nachgehende Schrecken noch ihre Nachwirkungen übte.

Anders hand es mit Laß. Er regte sich nicht, und obgleich seine äußerlichen Verlegungen zu erkennen waren, hatte er doch das Bewußtsein völlig verloren, so daß er, nachdem mehrere vom Landtage kommende Leute erschienen, dorthin getragen werden mußte.

Es war nicht mehr als billig, daß man nach der Ankunft des traurigen Juges dem auch die drei Damen zu Fuß das Geleit gaben, von der eigenen Ermattung ablah und sich demjenigen, der die Rettung in so ansehnlicher Weise bewerkstelligt hatte, ausschließlich widmete. Einen Zug aus dem Wagen machte Laß, der sich erst nach einigen Stunden, als dieser sich endlich erlöste, hatte der Beurlaubte zwar die Beweislage seiner Gleichmäßigkeit, aber noch nicht die klare Benennung wiedererlangt. Da dauernd folgen zu befürchten liege, ließ sich bis jetzt nicht vorzuliegen, sondern nur, daß das bereits eingetretene Fieber wahrscheinlich einen höheren Grad erreicht werde.

Obgleich Frau von Mühlberg den Schloßgärtner anwies, während der Nacht im Krankenzimmer zu verbleiben, und somit eine männliche Pflege nicht fehlte, bestanden doch auch Charlotte und Gertrud darauf, bis zum Tagesanbruch im Nebenräume gelassen zu werden. Von Zeit zu Zeit abwechselnd, besorgten sie, damit ja nichts verdrängt werde, eigenhändig die störrische Erneuerung der verordneten kalten Umschlüge über die Stirn des Patienten.

Wald aber kam es dahin, daß die Beweisanzeige sich diesem Geistes allein unterliegen mußte, denn in sich hat Laß's Wonne bemerkt, den Schatz fernhalten, trug ihre geschwätzigen Forderungen befriedigen durch den Sieg über die alten Vorurteile davon.

(Anschlußung 1896.)

Die Tochter des Kerkermeisters oder: Gefes und Verz.

Kriminal-Roman von Carl v. Leitner.

(Nachdruck verboten.)

Auf dem Rückwege von der etwa eine Stunde entfernten Regierung sollte sich Laß's Befürchtung nur zu wahr als wirklich richtig erweisen, denn schon die ersten Wogen lagen sich über den Säuptern der Jüdischen des Wagens zusammen, und schon rante der Wind in mächtigen Stößen über die Hüte. Der Knüller der Altpflichtigen Gaitage warf ein um das andere mal besorgte Blicke nach oben und spannte die Jüdischen Jüdischen nach vorne. Die in gewell leuchtenden Jüdischen nach vorne. Die in gewell leuchtenden Jüdischen nach vorne. Die in gewell leuchtenden Jüdischen nach vorne.

Den jüdischen Jüdischen, von deren Ueberwelt Werwaller sich nicht so trauen, auch die Damen, obwohl sie die Gefahr in ihrem Alter, bereuten schon, sich nicht der früheren Veranlassung mit den alten, allerdings etwas schwachfüßigen gewordenen Köhnen bedient zu haben.

Kaum jecht Minuten waren bis zum Schloffe noch zurückzulegen, als der Himmel sich total verfinsterte und das Gewitter mit voller Macht losbrach. Unglücklicherweise hatte man sich vorher nicht Zeit gegönnt, das Dach der Chaie hinaufzuführen, da man das Gut noch unbeschädigt zu erreichen hoffte; jetzt aber wurde es der Gefahr des Wagens nicht mehr zuzurechnen, die Letzteren aus den Händen zu geben, um die Arbeit vornehmen zu können, denn seine Chaie wurden immer unruhiger und waren schändlich die Kiste empore. Und vollends zu dem Regen, der in Strömen herabstürzte und gegen den sich die Damen mit ihren Schirmen nachdrücklich zu schützen versuchten, eine nur in nächster Nähe jenseitig elektrische Entladung der Atmosphäre kam, gingen jene zu einem wilden Galopp über und verweigerten gänzlich den Gehorsam.

Frau von Mühlberg ließ, abwechselnd mit Charlotte, ängstliche Anrufe aus. Auch der Knüller schenkte die Gefahr nicht zu verlernen, denn er merkte die Gefahr an, wodurch er die Tiere nur noch ruhiger machte, anstatt sie zu beruhigen. Am Gertrud, die nicht zum erstemal der Gefahr ins Auge blühte, bewachte selbst in dieser Lage ihren fähigen Mut, und doch war sie von den im Inneren der Chaie Bewandlichen entschieden am schärfsten daran, weil sie den am wenigsten geschügten Rückzug einnahm.

Ihre Hände umspannten mit aller Anstrengung den quumigen Zugpunkt, damit sie nicht bei einem der sich unangeseigt wiederholenden Stöße hinausgeschleudert würde.

Unterdessen ward in einiger Entfernung ein durch Wind und Wetter daherviehender Reiter sichtbar, der die Gefahr, in der die beiden Reiter sich befanden, wahrzunehmen haben mußte. Als die beiden Reiter noch oberhalb der der Straße abbogen und über die organischen Wiesen geradewegs auf einen lümpigen Weher losritten, verließ auch er die Chaussee und verlor, dem eigenen Pferde die Sporen in die Flanken hochred dem dräuenden Bedrohden zuzuwandern. Aber die Straße, die er zurückzugehen hatte, war ungleich größer, als diejenige, welche die anderen noch von den Gewässern trennte, und es bestand wenig Aussicht, daß er den tolleren Hosen den Weg dorthin abschneiden könnte.

Da blickten diese, plötzlich zusammengekommen, inne blühten sich und legten dann über den schmalen Graben hinweg, der sie in ihrem Laufem aufgehalten hatte. Für einen so gewaltigen Ansturm, wie er nun erfolgte, war der leichte Bau der Chaie nicht berechnet. Mit gedehntem Vorderbein laut sie auf die Seite, und der Knüller ward gleichzeitig ziemlich unruhig auf der durchdrachten Kiste, denn während die Pferde gegen die überhängende Veranlassung, berührte die Gouvernante mit ihrem überhängenden Oberkörper fast den Boden, und namentlich Charlotte drohte die Gefahr, über den anliegenden Wägen hinauszufliegen. Die Straße der beiden Wägen würden kaum noch einige Schritte zu bewahren, wenn nicht jener Reiter über zur Stelle gewesen, und den unbändigen Tieren mit einem Griff in die Zügel gefaßt wäre. Laß' Einverständnis war der Reiter in dieser Not.

Der Kampf, der sich zwischen ihm und den Köhnen entpau, währte nur kurze Zeit; aber er sollte beinahe das Verhängnis werden für ihn, wenn, denn sein Pferd, das er nicht verlassen konnte, wich zur Seite, wobei er es verstanden konnte und hierdurch den Halt im Sattel verlor, stürzte er jählings head. Da er die Zügel der Wägen, nicht aus der Hand ließ, trat er in ein paar Schritte weit geschleudert, und die Sache drohte, als ein solches Ungeheures noch einen sehr schlimmen Ausgang zu nehmen.

Wermals war jedoch Hilfe nahe, die eine erschütternde Katastrophe

Damit war der Gegenstand erledigt. Der durch die Schuld fähiger Behörden dem Reichstag einige Stunden weggewonnen. Der Sozialdemokratie aber unangenehm zum Augen gereicht hat. Der folgende Punkt der Tagesordnung: Wegentwurf betr. Abgaben für den Nachbierstand, rief nur eine kurze Erörterung hervor; die zweite Beratung wird im Plenum stattfinden. Morgen: Margarinegesetz.

Tagesgeschichte.

Dass die Reichstagsession nicht geschlossen, sondern im Interesse des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Spätherbst vertagt wird, sieht, wie die Freis. Zig. meint, außer Zweifel. Die Frage ist nur, ob die Vertagung vor Pfingsten oder erst im Juni eintritt. In Regierungskreisen wünscht man das letztere, um vor der Vertagung noch die Aufsignovelle zu verabschieden.

Die Reichstagswahl hat auch stattgefunden im Kreise Löwenberg (S. Vignitz). Der konservative Landrat v. Hölleer ist zum Geh. Reg.-Rat avanciert und mußte darum sein Mandat niederlegen. Die Konservativen gewannen 1893 den Kreis Löwenberg mit 5051 gegen 4486 freisinnige und 78 sozialdemokratische Stimmen. 1890 fand Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen statt, in welcher die letzteren siegten.

Die Strafengerichte sind zwar noch nicht verflummt, doch find sie aus dem akuten in das schleichende Stadium getreten. „Ansel Chloßwig“, wie der Reichskanzler genannt wird, soll nicht auf Nimmerwiederkehr nach dem Süden gereist sein. Morgen kündigt vielleicht wieder anders; bei einer starken Wiegung“ ist's nun einmal nicht anders.

Wieder etwas Neues, aber nichts Gutes. Eine neue Verordnung des bishigen Preussischen Reichsgerichts ist durch ein neuem ergangenes Reichsgerichts-Urteil erlosch. Das Erkenntnis ist in einem Prozeß Morgenrathen-Görth ergangen; es handelt sich dabei um die Auslegung des § 22 des Reichsstrafgesetzbuchs vom 7. Mai 1874 in Bezug auf den Beginn der Verjährung von Strafen für Preßvergehen. Der verurtheilte Rechtsanwalt Dr. v. Schulte, Professor an der Universität in Bonn, wurde vom Angeklagten Direktor Görth, um sein Gutachten gebeten. Er schrieb zurück: „es ist unbedingt falsch, die Verjährung anders als von der Ausgabe des Wertes an zu rechnen.“ Demgegenüber hätte also die Klage abgewiesen werden müssen, denn Görth's Wert ist im Oktober 1894 erschienen und kein Preßvergehen war mithin im April 1895 bereits verjährt. Herr Professor Dr. v. Schulte wies dabei auf das Wort von Dr. Marquardsen hin, der als Mitglied des Reichstags über den Preßgesetzentwurf Berichterstatter gewesen ist. Dieser Ansicht ist auch der erste Richter gewesen. Er ließ Erhebungen anstellen, die das Ergehen des Wertes im Buchhandel feststellen sollten. Aber bei dem neuen Termin vor dem Schöffengericht antwortete ein anderer Richter, und dieser sowie diejenigen der höheren Instanzen erkannten für Recht, daß die Verjährung erst dann beginne, wenn das letzte Exemplar der ganzen Auflage verkauft sei. Aus diesem Erkenntnis, das eine Ausnahmebestimmung des Schriftstellers im deutschen Strafrecht statuiert, ersieht man neben vielen auch die wachsende, mit Ministern beobachtete Bedeutung des Schriftstellerstandes im öffentlichen Leben, vor das den Jüngsten des Beamtenums hangt sie.

Die Abneigung gegen das Duell, welche auch die Konservativen in den Debatten des Reichstages zu befehlen für völlig hilflos, ist nichts als elende Furchel geblieben. Der Duellepöbel Schall hat darüber nach dem Volk in der Sitzung eines Berliner Bürgervereins einiges ausgeplaudert. Zuerst habe die Mehrzahl der Fraktion nichts davon wissen wollen, daß man sich konservativer als an der Debatte überhaupt beteilige. Man müsse sich eine gewisse Reserve auflegen, da doch die Mehrzahl der Fraktionsmitglieder dem Duellepöbel angehört. Wenn Schall durchsagen sprechen wolle, so solle er es als evangelischer Geistlicher, aber nicht im Namen der konservativen Partei thun.

Wie viel Holz, Kohlen und Kartoffeln ein Lehrer haben darf, unterlag dieser Tage der Beurteilung der Gemeindeverwaltung in Friedrichshagen. Ein Lehrer war von Kirchhofen nach Friedrichshagen berufen worden und hatte 75 M. für den Umzug erhalten, liquidirte aber noch 15 M. für eine Fuhre von 36 Zentner, bestehend aus Holz, Kohlen und Kartoffeln. Die Gemeindeverwaltung lehnte die Zahlung dieser 15 M. ab, indem sie diese Sachen in solchem Maße nicht als zum Haushalt des Lehrers gehörig betrachtete. Am!

Wegen Kaiserbeleidigung war in Magdeburg Herr Vorarbeiter Paul Witter aus Budau angefaßt. Er hatte die Bekehrung in der Trunkenheit gethan. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Wegen Kaiserbeleidigung und Polizeistrafbeleidigung wurde in Berlin der Arbeiter Wolf zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Er war stark betrunken gewesen.

Ausland.

Frankreich. Das neue Ministerium Meline hat in unverkennbarer Weise seine sozialistenfeindliche Haltung zu erkennen gegeben. 200 radikale Abgeordnete beschloßen, ein gegen das Ministerium gerichtetes Manifest in allen Gemeinden Frankreichs anhängen zu lassen. Die sozialdemokratischen Kameradschaften wurden eingeladen, sich der Liga anzuschließen; sie antworteten, sie würden die Liga nach Kräften unterstützen, wünschten aber selbständig zu bleiben.

England. Das Gericht hat die Auslieferung des Spitzbuben Cornelius Hers angelehnt.

Volkswirtschaftliches und Gerichtliches.

§ Gen. C. Keil hat als Verantwortlicher des Sachl. Volksbl. in Zwickau nimmend die Anklage erhalten wegen Beleidigung des höchsten Ministeriums durch mehrere die Wählrechtsmündel betreffende Artikel.

Parteinachrichten.

Das Raigedenblatt „ein republikanisches Abzeichen.“ Das Volkst. von Leipzig hat dem Ministerium mitgeteilt, daß das im Verlage von Schmidt erscheinende Gebetblatt, sofern es an Gut oder Mißge oder sonst fichtbar gerungen wird, als republikanisches Abzeichen betrachtet wird und

die Träger zur Strafe gezogen werden sollen. Zur Begründung dieser Auslegung weist die Polizei auf die auf dem Blatte mit dargelegte, im Hilde etwa ein Quadratmeter große preußische Wäpge, das Symbol der Freiheit, hin. Der gemeine polizeiliche Mißbrauch ist nicht der Rede wert. Die Verurteilung des Blattes zum Kartell von der Polizei erang. Sie verbot den Anschlag eines Blattes, in dem unter Hinweis auf die Wahlrechtsänderung von Staatsbürgern dritter Klasse die Rede war.

Zur Arbeiterbewegung.

Die Kottbuser Textilarbeiter bitten die Arbeiter allerorts ihrer nicht zu vergessen den mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen sind noch arbeitslos. Unterstützung nimmt wie bisher die Berliner gewerblichen Kommission (H. Müller, Berlin S. O. Anhalter 16) entgegen. Arbeiter Deutschlands dankt der Kottbuser Klassenoffenheit, die durch ihre heroische Ausdauer im Kampfe ein jo glänzendes Beispiel treuer Solidarität gegeben haben!

Der Vizefeldherd Streif pöndel. Der Ausbruch der Arbeiter der Viehheld'schen Maschinenfabrik vom 2. Oktober u. A. ist für beendet erklärt. Die vorzügliche Stimmung, die bei dem selbstergebenen Stamm der Streikenden geübt hat, war plötzlich, ohne jeden vernünftigen Grund, bei einem großen Teile derselben in Mitleidenschaft übergeben, obwohl die Situation nicht gerade ungünstig war. Die Organisation der Arbeiter wird aber Erfolge gegen die Uebermacht des Kapitalismus nicht zu erzielen.

Die Zimmerer Leipzig haben den 15. Pensionisten-Lohn in allen Verhältnissen bis auf eine durchgesetzt. Die Schumacher waren bei 18 Weibern hegehrt, wovon 9 der Forderung anstehen. Zu den neuen Bedingungen sind 22 Mann; 63 sind abgereicht, 100 freieren noch. Streikführer sind nur 3 zu verzeichnen.

Die Schmieche Dresdens und Umgegend haben ihre Forderungen (Rechnungsentgelt 30 Pf. Mindest Stundenlohn und 25 Pf. Zuschlag für Überstunden) nur bei 5 Unternehmern, darunter der in Berlin gewerblichen Kommission (H. Müller) durchgesetzt. Jetzt freieren nur noch 11 Mann.

In Arnstadt i. Th. sind 32 Arbeiter der Schufabrik von H. Görder u. A. in den Streik getreten. Sendungen sind zu richten an die Streikkommission, bei Adresse: A. Kriegerwetter in Arnstadt, Vierzehntelstr. 10.

Der Märchener Arbeiter bei der Polsterfabrik beschäftigten Gewerkschaft der Arbeiter, weil die Unternehmer ihr Versprechen, 40 Wfg. Lohn pro Arbeitsstunde zu bezahlen, nicht wahren und bloß 35 Wfg. geben wollten.

Die Wollensbrüder von Greis und Umgegend sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Abzug eines von ihnen ausgerechneten Kontos, der für alle Fabriken Gültigkeit erlangen soll. Die Wöln sind bis jetzt in den einzelnen Fabriken verschiedene und differieren untereinander bis zu 90 Pro. Die niedrigsten Löhne für gewisse Artikel zählt die Firma Treuter u. Gollé.

In Berlin freieren nimmend an 3000 Müll-Instrumentenmacher, die Westheimele Wasserleit bis jetzt.

Dresden. Der Materialist ist zu ungünstigen der Geleiten beendet. Sie haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Krimtschan. Die ausländischen Baubauwever haben den vorgeschlagenen Vertrag angenommen und arbeiten somit für einen Stundenlohn von 29-31 Pf. weiter.

Stadtverordneten-Sitzung vom 4. Mai.

Vorsitzender Stadtverordneter Tittenberger.

Empfangen sind: 1. Eine Petition der Malerinnung gegen die im Kleinerungsbescheid für die Beschäftigten schlechtere hohe Steuern. 2. Ein Schreiben des Buchdruckereibes Herrn J. in welchem derselbe erklärt, damit nicht zu verhandeln zu sein, daß der Magistrat eine Fortsetzung und Herstellung eines Verzeichnisses für alle angeschriebene habe. Beide Petitionen werden an die Petitionskommission verwiesen.

Nach Beendigung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten, welche 15 Punkte umfaßt. Von diesen sind 4 für die geschlossene Sitzung vorgemerkt. Die 11 Punkte der öffentlichen Sitzung werden alle erledigt. — Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Punkt 1: Geleitsanfrage auf dem Zwickau- und Viehhofe. Für die Fortsetzung des Geleits auf dem Zwickau- und Viehhofe und eines neuen Geleits auf dem 5169 hat 5300 M. für eine Kohlenbahn 2900 hat 3500 M. bemittelt, dagegen werden 1200 M., welche für die Ueberdeckung des Kohlenraumes bezw. der Verladebrücke zum Schutze der Arbeiter gegen die Umhüllen der Witterung erfordert werden, abgelehnt. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen stimmten für die Bewilligung.

Punkt 2: Die Nachbewilligung von 115,55 M. für die städtischen Anlagen erfolgt nach Antrag. Referent Stadtverordneter Herzfeld.

Punkt 3: Für Inventarrenten für die Polizeiverwaltung werden die beantragten 230,50 M. nach dem Vorschlag des Stadtverordneten bewilligt.

Punkt 4: Zu verschiedenen Abteilungen des Gesundheitsplanes für 1895-96 werden 8323 46 M. nach dem Vorschlag des Stadtverordneten bewilligt. Hierunter entfallen auf Druckkosten und Buchdruckerei beim Magistrat der Polizei und der Steuerverwaltung 4206 24 M. auf den Schulbau 1111 10 M. auf den Bau der Wasserleitung 2906 M. auf Bewilligung für Hilfsarbeiter beim Magistrat, der Steuerverwaltung, dem Standesamt, dem Stadtmuseum 3913 26 M. Die wesentlichen Veranlassungen sind in der Veränderung des Steuererhebungswesens zu finden. Die Druckkosten für die Jahresberichte und Gutachten sollen ca. 7000 M. betragen.

Punkt 5: Für die vorjährige Straßenreinigung werden zur Deckung der Mehrkosten für Gehpflanzung 143 M. nach dem Vorschlag des Stadtverordneten bewilligt.

Punkt 6: Erwerb von Straßenland vom Grundstück Gohlstr. 18. Demnach den Wählerbesitzer Anton von gestrichelten Abkommen bezüglich dieses Grundstücks wird untergeordnet die Mittel für die Terrainerschließung, sowie diejenigen für die Herstellung der Entwässerung und die Umlagerung der Wasser- und Abwasserleitung bewilligt. Referent Stadtverordneter Schmidt.

Punkt 7: Bewilligung von 500 Mark für die freien Studenten des Jahres 1895-96. Zur Unterstützung von 119 Kindern von dem Herrn ausgehend werden. Der Jahresbericht des Vereins pro 1895-96 wird in nächster Zeit erst erscheinen. Stadtverordneter erklärt, daß er durchaus nicht gegen die Vorlage ist, damit es nicht wieder beste, er stimme gegen die Kinder seiner Gewerkschaft, der ich aber der Meinung, daß es in dem Verein genug bemittelte Mitglieder gibt, welche die Kosten der Studenten allein tragen könnten, ohne daß es nötig wäre, den Steuerfiskus der Stadt in Anspruch zu nehmen. Es mußte ihre Aufgabe sein, vor allem bessere soziale Verhältnisse herbeizuführen, damit ein gelinderes Geschick heranzubringen könne, nur Redner der Bewilligung zu. Es wäre abzuwarten, wenn die Bürger nicht erst geschädigt werden durch Abschaffung der freien Arbeitskraft und (schlechte Löhne), dann brauchten solche Pflöckerchen, wie sie der Verein anwendet, nicht aufgelegt zu werden. Ich sage dies hier nur, damit Sie sich (wegen der Bewilligung der 500 M.) nicht etwa mit dem Gewissen der Wohlthätigen umgeben. (Wieder wurde der Antrag einstimmig angenommen.)

Punkt 8: Die Reduktion der Gottesackerkasse für 1894-95 wird erlassen. Die Kasse ergibt ein Guthaben von 93 073 69 Mark. Eine Ausgabe von 92 191 85 M. somit einen Bestand von 881 84 M. Referent Stadtverordneter Ahmann.

Punkt 9: Revision des Kaufmanns Kündes um Zurückgabe

mäßigung zu viel gefordert Gemeinde C. Ein o m m e n Feuer. Petent habe 1893 die Erbschaft von seinem Schwiegervater angetreten. 1895 reklamierte er die angeblich zu unecht ererbene Steuer, wurde jedoch ferner Sand abgewiesen, weil die Reklamation zu spät erfolgte. Er beschloß, absondern dem Nachbierstande etwas zu erreichen, wurde jedoch nachträglich vom Nachbierstande geschloß sowohl vom Oberpräsidenten und vom Minister zurückgewiesen. Legterer erklärte dem Oberpräsidenten als die letzte maßgebende Instanz. Die Petitionskommission, Referent Stadtverordneter Herzfeld empfahl Uebertragung zur Tagesordnung; Es wird demgemäß beschloßen.

Punkt 10: Petition des Konditor Baumgarten wegen zu hoher Veranlagung zur Grundsteuer. Die Veranlagung beschloß auch hier Uebertragung zur Tagesordnung, da sie nicht kompetent ist über die Sache zu entscheiden. Petent habe einfach gegen die Veranlagung zu reklamierten. Aus dem Referat des Stadtverordneten Schmidt wurde nachträglich, daß B. unrichtige Angaben über seine vorjährige Einkünfte gemacht habe, da er in demselben den gleichen Betrag aus seinen in der Zeitungszeitung belegenen Grundstücke erzielt habe, nämlich 4120 M. Dielem Betrage entspräche genau die Steuer von 246 M., gleich 5 Pro. — B. dagegen will bisher nur 130 M. gezahlt haben.

Punkt 11: Petition des Restaurateur Schaab, Robert Franzstr. 3, um Genöhrung der Schauffensaktion für seinen Vergarten. Nach der Erklärung des Referenten der Petitionskommission Stadtverordneter Robert, daß die Angelegenheit der Stadtverordneten Veranlagung gar nichts angehe, da der Vergarten Gegenstand des Grundbesitzes ist, nicht aber der Stadt sei und daß der Polizeiverwaltung die Verfügung in dieser Sache aufstehe, beschloß die Veranlagung auch in diesem Falle Uebertragung zur Tagesordnung.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 5. Mai 1896.

* **Also doch!** Gegen den Gen. August Groß steht vor der Strafkammer I des hiesigen Landgerichts auf den 11. Mai Hauptverhandlung an wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Die That soll begangen sein wegen Vertriebs der Märgennummern des Sächsischen Postboten. Gegen den Gen. Brandt, der anfänglich ebenfalls deshalb in Untersuchung gezogen war, ist das Verfahren eingestellt worden. So hat von den Hunderten und Tausenden deutscher Gerichtsorte nur in Halle die Staatsanwaltschaft den Inhabt dieser Märgennummern für strafbar erachtet. Wird ihr das Gericht beipflichten?

* **Die Differenzen in der Genossenschaftsdruckerei sind beigelegt;** sämtliche Sezer haben heute ihre Arbeit wieder aufgenommen. Den Leeren des Volksblattes ist bereits gestehen an Stelle der ausgefallenen Nummer eine Erklärung des Vorstandes der Genossenschaftsdruckerei zugegangen. Es mag aber nochmals der Sachverhalt kurz dargestellt sein. Die in Berechnung stehenden Sezer glaubten auf Grund des Buchdruckersarbeits als Verbandsmitglieder die Bezahlung für den 1. Mai fordern zu müssen, wollten sie nicht gegen den Tarif verstoßen und Gefahr laufen, ihrer Rechte als Verbandsmitglieder verlustig zu gehen. Wir diesen acht Mann erklärten sich schließlich andern Sezer, die in Festgeld stehen und den 1. Mai bereits ohne jeden Anstand bezahlt bekommen hatten, solidarisch. Es handelte sich nicht in erster Linie um Erlangung des Geldbeitrages an sich, sondern um Durchführung einer, wie die Sezer meinen, unvermeidlichen Forderung. Der Vorstand der Druckerei verweigerte die Bezahlung auf Grund eines ausdrücklichen Generalversammlungs-Beschlusses, bei dessen Ausführung wiederum nicht die Rücksicht auf den Geldbeitrag an sich maßgebend gewesen war, sondern der aus anderen prinzipiellen Erwägungen heraus gefaßt wurde. Daß der Betrag von beinahe 30 M. bei einem jährlichen Lohnbudget von weit über 20 000 M. nicht ausfallend gewesen sein kann, bedarf wohl nicht erst eines näheren Nachweises. Eine offizielle Anzeige der Genossenschaft, daß dessen für die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden würde, weil am Sonnabend der Lohn für den 1. Mai an die berechnenden Sezer nicht zur Auszahlung gelangt ist, war nicht an den Genossenschaftsvorstand gelangt. Der Fall wurde darum erst gestern früh bekannt, als schließlich das gesamte Sezerpersonal erklärte, mit Rücksicht auf den Tarif die Arbeit nicht eher aufnehmen zu dürfen, als bis die Bezahlung des 1. Mai zugelegt sei, erfolgt ist. Der Genossenschaftsvorstand wurde sofort zusammengerufen und beschloß einstimmig nach kurzer Beratung, die Verantwortung für Ausbruch eines Sezerstreiks in sich übernehmen zu können, der Gewalt zu weichen und die Forderung zu bewilligen. Zugleich aber legen die beratenden Vorstandmitglieder ihre Demission nieder, da sie entgegen dem Beschlusse der Generalversammlung gehandelt hätten. Den Sezern wurde der Beschluß mitgeteilt; sie entschieden sich aber, daß diese Bewilligung nicht genüge, sondern daß der Vorstand noch die weiteren Zusicherungen zu geben habe, daß keine Maßregelungen stattfinden dürften und daß auch in Zukunft der 1. Mai bezahlt werden würde. Die erste der neuen Forderungen zu beantworten, lehnte der Vorstand als beidseitig ab, da letzterer schließlich eine Maßregelung nicht stattfinden werde. Betreffs der letzten Forderung erklärte er, darüber eine Zugabe nicht geben zu können, da die Vorstandsmitglieder ihre Demission niedergelegt hätten und über die Köpfe der sofort einzuzuberufen außerordentlichen Generalversammlung hinweg eine beratende bindende Bescheidigung nicht geben dürften. Im übrigen sei auch die Frage ventilirt worden, ob unter solchen Umständen die Liquidation nicht erfolgen solle. Auf diese Erklärung hin traten früh 9 Uhr die Sezer in den Streik. Eine Erklärung am folgenden Nachmittag führte zu dem Resultat, daß das Vorgehen der Sezer, nachdem ihnen die Bezahlung für den 1. Mai zugestimmt worden war, aufs allerentschiedenste verurteilt wurde und daß, falls heute früh 6 Uhr nicht ihrerseits die Erklärung vorliege, daß sie die Arbeit sofort wieder aufnehmen wollten, andere Kräfte eingestellt werden würden. Das letztere ist nicht nötig gewesen, da, wie schon gemeldet, durch Fallenslassen der zweiten Forderung die Differenz ausgeglichen worden ist und das gesamte Sezerpersonal wieder in Arbeit getreten ist. Das ist der Sachverhalt. Eine heute abend im Neuen Theater stattfindende öffentliche sozialdemokratische Parteiverammlung wird sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen haben; wir wollen darum an dieser Stelle nicht näher auf den Zwischenfall eingehen. Die Parteigenossen mögen, nachdem sie nochmals beide Teile gehört haben, entscheiden, auf welcher Seite sie das Recht finden. Wenn die Hall. Zig. im Gegentrag zu allen anderen hiesigen Blättern gegen abend den Fall

Der Sozialismus in der Handelswelt.

Die sozialistische Bewegung unter den Handlungsgehilfen beginnt zu erklären. Soeben hat in Berlin der erste Kongress der Handlungsgehilfen stattgefunden und dieser hat, allerdings gegen eine nicht unbedeutende Widerheit, den direkten Anschluss an die Sozialdemokratie beschlossen. Die Widerheit wollte die Organisation der Handlungsgehilfen zu „politischen Vereinen“ gestalten. Damit sollte, wie auf dem Kongresse ganz richtig hervorgehoben wurde, dem Dünkel gewisser Elemente unter den jungen Kaufleuten eine Konzession gemacht werden, und man hat ganz recht getan, daß man sich dessen gewarig hat.

Der kaufmännische Beruf wird in den bürgerlichen Erwerbszweigen gerechnet und es gibt unter den jungen Kaufleuten eine große Anzahl, die wohl ihre proletarische Lage fühlen, die sich dessen ungeachtet aber für „etwas Besseres“ halten, als ein Industriearbeiter. Darum haben sie eine unüberwindliche Scheu vor der Sozialdemokratie; sie glauben sich erst in Proletariat zu verwandeln, wenn sie sich in denselben politischen Organisationen mit den Industriearbeitern befinden, und überhören dabei, daß der Kapitalismus sie schon längst proletariert hat. Sie sprechen gerne von „Standesinteressen“ und von „Standeslehre“ und ströben sich gegen das erwachende Klassenbewusstsein bei den vorgeschrittenen Elementen in ihrem Berufe.

Diese jungen Leute, die nach vielen Tausenden im Handelsgewerbe zählen, sind in ihren Vorurteilen und in ihrem Standesdünkel so verhärtet, daß sie sich zur Zeit noch lieber von den Prinzipalen gängeln lassen, als an der Seite der Sozialdemokratie den großen Befreiungskampf der Gegenwart mitkämpfen wollen. Es mag sein, daß sie manchmal doch begreifen, wie die Interessen der Prinzipale und der Gehilfen auseinander gehen. Aber um des „Standes“ willen lassen sie sich vorreden, man müsse mit den Prinzipalen Hand in Hand gehen. Diese Rückständigkeit hat denn auch die entsprechenden Früchte gezeitigt. Als von der Reichskommission für Arbeiterstatistik die bekannten Untersuchungen im Handelsgewerbe vorgenommen wurden, da ließen sich viele Tausende von Handlungsgehilfen dazu mißbrauchen, Gutachten zu unterzeichnen, in denen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den Läden und anderen kaufmännischen Geschäften für „unmöglich“ erklärt wurde. Solche Theorien hätten die von den jungen Kaufleuten der geschickerten Art so sehr über die Waage angehenden Industriearbeiter sicherlich nicht begangen.

Unter diesen Umständen hätten die sozialistischen Elemente unter den Handlungsgehilfen von vornherein einen schwereren Stand und man muß es schon als einen großen Fortschritt bezeichnen, daß sie einen Kongress zu Stande gebracht haben, der aus 35 Teilnehmern bestand. Daß sie sich nicht verführen ließen, zu patzieren und die „parteilose“ Maske vorzunehmen, ist unter diesen Umständen doppelt erfreulich. Sie haben offen die sozialdemokratische Forderung aufgeführt und das wird seine gute Wirkung thun, denn eine Partei, die über fast zwei Millionen Wähler verfügt, bildet einen mächtigen Rückhalt und kann ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale der öffentlichen Meinung werfen.

Die Sozialdemokratie ist es ja auch, die den auf den Handlungsgehilfen lassenden Vann gebrochen hat. Sie hat auf die Klasseninteressen dieser so scharflich ausgebeuteten Arbeiter hingewiesen; sie hat gefordert, daß der schrankenlosen Willkür der Unternehmer gesetzliche Schranken gezogen werden, und sie hat damit den Anstoß dazu gegeben, daß die gegenwärtigen Gewalten sich zum Eingreifen entschlossen haben. Nur der vollständige Mangel an politischem Verständnis hat dies zu kennen.

Die Superflügen unter den widerstrebenden Handlungsgehilfen, die im Wahne des Standesdünkels dahin leben und sich mit dem Traun künftiger Selbständigkeit einschlüßern — ein Traun, der in hundert Fällen kaum einmal in Erfüllung geht — diese Leute werden nie gewöhnlich mit der spezialistischen Frage zu ihren sozialistischen Kollegen kommen: „Was hat Euch die Sozialdemokratie genützt?“

Nun, die Sozialdemokratie hat niemandem goldene Berge verschoben und kann auch niemandem etwa delizios die Hunderrimartischeine auf den Tisch legen. Sie verschafft niemandem, daß der Befreiungskampf ein mühsamer und aufreibender ist und daß der mächtige Gegner mit äußerster Anstrengung aus einer Position nach der anderen vertrieben werden muß. Je rascher aber sich das klassenbewußte Proletariat zusammenschließt, desto eher wird es die politische Macht erringen, mit der es das kapitalistische Joch abschütteln kann. Aber darum werden auch in der Gegenwart der augenblicklichen Vorteile genug gewonnen, und dafür gibt es ein schlagendes Beispiel. Der mit Standesvorurteilen behaftete Handlungsgehilfe mag noch so sehr auf den Industrieproletariat herabsehen — wenn er genau zuseht, wird er finden, daß die Industriearbeiter durch ihre Organisationen und durch den bei ihnen waltenden Geist der Solidarität eine Macht geworden sind und daß sie ihren Arbeitgebern weit mehr Weisheit einflößen, als die jungen Kaufleute ihren Prinzipalen. Hundertfach kommt es vor, daß der Industriearbeiter besser behandelt und besser behandelt wird, als der Handlungsgehilfe. Dieser Unterschied kommt nicht von ungefähr und kann auch nicht dadurch ausgeglichen werden, daß man am Sonntag Glacehandschuhe trägt.

Der Sozialismus wird vor den Vorurteilen der rückständigen Elemente unter den Handlungsgehilfen nicht Halt machen. Wie in die Geleirtenwelt, so ist er auch in die kaufmännische Welt eingedrungen und wird dort um sich greifen, allem Widerstreben zum Trotz. Die Macht der Tatsachen ist stärker, als die Macht der Meinungen. Wo Proletariat ist, da ist auch Sozialismus, und die kaufmännische Konkurrenz sorgt mit erschreckender Schnelligkeit für die Proletarisierung im kaufmännischen Berufe. Die Handlungsgesellschaften zentralisieren sich; in der Zirkulation der

Waren geht naturgemäß derselbe Prozeß vor sich wie in der Produktion und bereitet die Abfassung dieses Systems vor, das der Gesellschaft ungeheure Lasten auferlegt. Es wird verschwinden, sobald die sozialistische Produktion dem Arbeitsprodukt die Eigenschaften der Ware genommen hat und an Stelle der heutigen Lohnflaverei die freie genossenschaftliche Arbeit tritt.

Wir wollen die Verdienste nicht verkennen, die sich die nichtsozialistischen kaufmännischen Vereine, auch wenn die Prinzipale darinnen dominieren, um Stellenvermittlung und andere Angelegenheiten erworben haben. Aber sie haben auch ihr gutes Teil in politischer Verimpfung geleistet und haben den Indifferentismus künstlich großgezogen. Sie haben es vielfach erreicht, aus dem Handlungsgehilfen ein unterwürfiges Wesen zu machen. Auch die große Lage des patriarchalischen Verhältnisses, hinter dem sich die ganze Brutalität des Mittelalters verbirgt, wurde in das kaufmännische Leben eingeführt, und die Kunst des Unterdrückens bildete sich bei den Prinzipalen demnach aus, daß sie bei manchem der Gehilfen, trotz aller Ausbeutung, noch eine Art Sklavensucht zu erwecken mußten und daß er kein trauriges Los für ein glückliches anah.

Diese Abzulehnen wird der Sozialismus zerstören. Verleumder werden sagen, durch „Geheer“, in Wahrheit braucht die Sozialdemokratie nur auf die Tatsachen zu verweisen, um neue Anhänger zu werben.

Die sozialistischen Elemente in der kaufmännischen Welt, die so tapfer und so rühmlich an ihre schwierige Aufgabe herangereitet sind, werden das noch schlummernde Klassenbewusstsein bei der Waffe ihrer Kollegen zu wecken verstehen.

Tagesgeschichte.

Zur Regierungskrisis, deren tatsächliches Vorhandensein von der gelamten Presse, mit Ausnahme einiger abwiegelnder Organe, angenommen wird, läßt sich der Hann. Cour. aus Berlin schreiben:

Die Beschlüsse, die seit dem Tode der Entlassung des Kaisers eine gewisse Entfremdung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler eingetreten ist. Dann kam die Behandlung der Marinevorlage seitens des Kaisers, die dem Kaiser nicht gefiel. Der Kaiser, dem bekanntlich die Vernehmung der Flotte ganz besonders am Herzen liegt, glaubte, daß sich auch dieser Beschluß nicht ganz absehend gegen die neue Marinevorlage verhalten würde. Dem widersprach der Kanzler, und der Kaiser schränkte seine Pläne wesentlich ein. Nun kam die Sozialpolitik. Der Kaiser ist bestimmt ein lebhafter Befürworter derselben gewesen. Die Bestimmungen gegen die Freie, das endlich einmal bei der Sozialpolitik das schnelle Tempo zu machen, was langsam ist. M. d. B. aufhören müßte, falls der Sandsturm nicht ruiniert werden solle, sind auch vor dem Kaiser vertreten worden und, wie es heißt, nicht ohne Erfolg. Die Konservativen haben bekanntlich eine feine Bitterung, und ihr Vorstoß gegen den Herrn v. Bismarck in der Frage der Regelung der Arbeitszeit für Arbeiter wirkt ein neues Licht auf die Lage. Zudem muß auch noch beachtet werden, daß das Beharren der Sozialdemokratie im letzten Jahre bei den patriotischen Kreisen x. den Gedanken wachgerufen hat, als sei alle Sozialpolitik fruchtlos, während einzelne ministerielle Kreise entgegengelegter Anschauung sind und glauben, daß die Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre viel von ihren revolutionären Vorurteilen verloren hat. Es gibt also mannigfache Differenzpunkte zwischen dem Kaiser und dem Kanzler. Es wird hier im wesentlichen bestätigt, daß der Anlaß der Krisis darin zu suchen ist, daß man an maßgebender Stelle den tatsächlich eingetretenen Umwälzung in den Anschauungen offen proklamieren will als Norm für die fernere Politik, während die Minister den Schein reiten möchten, als ob es beim Alten bleibe.

Von anderer Seite wird demselben Blatte aus Berlin gemeldet, es warte dort in politischen Kreisen die Anschauung ob, daß Personalveränderungen vorläufig schwierig eintreten würden, wie es auch den Gespöchenheiten hier nicht entspricht, daß Personalveränderungen in unmittelbarem Anschluß an Präferenzierungen im Sinne der letzteren erfolgen. Man hält es jedoch für sehr wahrscheinlich, daß der Reichskanzler nach einiger Zeit, vermutlich noch vor dem Herbst, von seinem Posten zurücktreten wird. Die Frage, ob der Kriegsminister geht oder bleibt, wird lediglich davon abhängen, wie die endgültige Entscheidung des Kaisers über die Militärreform ausfallen wird.

Der beherrschende Zwang zum Durarpatotismus

ist die neueste Blüte im Kampfe gegen die Vaterlandsliebe. Der im Dorfe Schneega (im Wendlande) bei Büchser eine Patronatskirche besitzende weltliche Parrer Budde hatte zum Sedanstage die Teilnahme der Lehrer und Schüler an der betreffenden Feierlichkeit in seiner Eigenschaft als Volksschulinspektor verboten. Nach Aufhebung dieser Verordnung durch die königliche Regierung hier wurde gegen Budde das Disziplinarverfahren eröffnet, das mit der Enthebung des Geistlichen vom Amte des Schulinspektors schloß. Um sich aber fernere Einwirkung auf die Jugend der stark weltlich gesinnten Gemeinden (Parrpatronat) der weltliche Freiherr v. Großschnege zu ermöglichen, eröffnete Budde am Beginn des neuen Schuljahres unter Mitwirkung eines theologischen Kandidaten, aber ohne vorherige Anmeldung bei der Aufsichtsbehörde, eine Privatsschule. Die königliche Regierung ordnete jetzt telegraphisch an, daß die Schule sofort zu schließen sei.

Der Kampf zwischen den Ministern und den Flügeladjutanten,

so schreibt die Korrespondenz für Zentrumsblätter, brennt uns scharfer auf die Nägel, als die Kämpfe in unserer südwestfälischen Kolonie. Die Neuaufstellung der vieren Bataillone ist eine Sache des Vertrauens in die gegenwärtige Leitung des Militärwesens. Der Reichstag hat zu Capris Zeiten die Halbataillone bewilligt, weil die damaligen Autoritäten diese Einrichtung als höchst vorteilhaft und unentbehrlich ansahen. Die jetzt maßgebenden Fachmänner verurteilen die Einrichtung durchaus und schlagen eine Neubildung vor. Wenn nun am Tag nach der bewilligten Neubildung der jetzige Kriegsminister abgeht, was wird dann aus der Sache? Welchen Wert haben die Er-

klärungen des Kriegsministers, wenn man weiß, daß er schon seinen Koffer packen läßt? Der Reichstag wird um den heißen Brei der „Doppelregierung“ nicht herumgehen dürfen. Es handelt sich nicht um die Einzelfrage der Militärreform, sondern um ein System, das auf verschiedenen Gebieten schon seine bedenklichen Früchte gezeitigt hat und die ganze innere Entwicklung, ja mittelbar auch die auswärtige Politik bedroht. In Bayern gab es bekanntlich früher einen einzigen Kabinettssekretär, der schließlich das allmächtige Organ des Monarchen wurde und die verantwortlichen Minister ganz von Herrscher fern zu halten wußte.

Eine Prägelordnung

veröffentlicht der Reichsanzeiger. Es ist eine Verfügung des Reichsanzeigers wegen Ausübung der Strafgerichtsbarkeit und der Disziplinargewalt gegenüber den Eingeborenen in den Schutzgebieten. Die wichtigsten Bestimmungen lauten: Die zulässigen Strafen sind: Körperliche Züchtigung (Prügelstrafe, Kuttenstrafe), Geldstrafen, Gehängnis mit Zwangsarbeit, Kettenhaft, Tobeschärfen. Gegen Arbeiter und Arbeiter ist die Anwendung körperlicher Züchtigung als Strafmittel ausgeschlossen. Gegen eine Frauensperson irgend welchen Alters darf auf Prügel, oder Kuttenstrafe nicht erkannt werden. Gegen eine männliche Person unter 16 Jahren darf nur auf Kuttenstrafe erkannt werden. Die endgültige Verhängung der Tobeschärfen steht einzig und allein dem Gouverneur (Landeshauptmann) zu. In Fällen, wo der Bezirkskommandant (Amtsvorsteher) auf solche erkannt hat, ist sofort dem Gouverneur unter Einbindung des Allenmatters Bericht zu erstatten. Kann in den im Innern gelegenen Stationen oder bei den dort befindlichen Expeditionen im Falle eines Auftrages, eines Ueberfalls oder in einem sonstigen Vorfallende aus zwingenden Gründen das oben vorgeschriebene Verfahren nicht eingehalten werden, erscheint vielmehr eine sofortige Vollstreckung der Tobeschärfen an einem Eingeborenen erforderlich, so ist von dem Stationsvorsteher oder Expeditionsführer gegen den Angeeschuligten zunächst unter Hinzuziehung von mindestens zwei Weisern ein summarisches Verfahren einzuleiten und das über die erfolgten Verhältnisse aufzunehmende Protokoll sowie das gefällte Urteil nebst Gründen nachträglich dem kaiserlichen Gouverneur (Landeshauptmann) mit Bericht einzureichen. Wie human!

Das Ansehen der Regierung

hat einen heftigen Stoß erlitten durch das Verhalten derselben in der Frage des Verbot des Getreideterminhandels. Der Umschwung in der Haltung der Regierung löst bei vielen von einem Ausbruch, der gelegentlich bei einem Tischnagelpräf für die Verantwortung agrarischer Klagen. „Nun, dann verließen Sie doch den Terrainaband.“

Was das Volk zahlt,

ist in weiten Kreisen dieselben noch nicht annähernd bekannt, und die Parteien des Selbstzacks sagen das auch dem Volke nicht, weil sonst leicht die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Art der Anführung der Mittel für das die besitzenden Klassen schützende Reich allen Leuten klar würde. Die Sozialdemokratie allein kämpft prinzipiell gegen unser jetziges Steuerwesen, das nicht verschuert, was das Bürger hat, sondern das, was er verzeihert. Daß dieser Kampf notwendig ist und vom Volk unterstützt werden muß, zeigen wieder die aus den indirekten Steuern gewonnenen Einnahmen des Reichs in der Zeit vom 1. April 1895 bis 31. März 1896. Er brachten: Rölle 414 128 070 M. (gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres + 28 370 236 M.), Tabaksteuer 12 205 419 M. (+ 541 649 M.), Budersteuer 86 542 871 M. (+ 1 057 441 M.), Salzsteuer 46 254 122 M. (+ 1 179 024 M.), Mälzsteuer, und Branntwein. Materialsteuer 20 152 139 M. (+ 659 858 M.), Verbrauchsabgaben von Branntwein und Zuchtgalt 115 228 941 M. (- 2 763 362 M.), Brennsteuer 1 293 710 M. (+ 1 239 710 M.), Braunkohle 27 933 626 M. (+ 2 029 449 M.) Uebertragungsabgaben von Bier 3 700 439 M. (+ 125 854 M.), zusammen 726 469 974 M. (+ 32 493 889 M.) Mehlsteueralabgaben: Stempelsteuer für Wertpapiere 15 400 075 M. (+ 6 452 410 M.), Kauf- und Verkaufszugabgaben 18 889 118 M. (+ 3 471 501 M.), Privatnotarien 3 069 298 M. (+ 738 648 M.), Staatslotterien 15 737 782 M. (+ 5 333 656 M.), Spielkartenstempel 1 423 169 M. (+ 26 331 M.) und Wechselstempelsteuer 8 734 608 M. (+ 586 671 M.)

Wer nach diesen Zahlen nicht betzieren will, daß das arbeitende Volk mehr belastet ist wie die Reichen, und wer nach dieser Erkenntnis nicht die sozialdemokratische Forderung: Abschaffung aller indirekten Steuern und Ertrag durch eine progressive Einkommensteuer für gerecht hält und unterstützt, dem ist nicht zu helfen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Angelegenheit Binne

ist am 1. Mai vor dem Reichsgericht zum Abschluß gekommen. Binne war, wie einmütlich wegen Vergehens gegen die §§ 111 und 112 des Strafgesetzbuchs angeklagt worden, weil er auf einer Vereinsfestlichkeit an die zum Militärdienst eingezogenen jungen Leute eine Anrede sozialdemokratischen Inhalts gerichtet hatte. In der ersten Verhandlung war Binne freigesprochen worden; das Reichsgericht hat das Urteil auf und darauf wurde Binne zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die vom Verurteilten eingelegte Revision ist nunmehr vom Reichsgericht verworfen worden.

„Bilderhaube“

ist ein strafbarer Ausbruch. So entschied das Berliner Amtsgericht II. Gen. Kaspar aus Steglitz wurde zu 50 M. Strafe verurteilt, weil er in einer Verlesungsbroschüre gefagt hatte: „Da kam die Bilderhaube des Gelees.“

Auch ein einzelner Mann kann als Verein betzachtet werden.

So entschied das Oberlandesgericht München: es hob das freitreibende bezügliche Urteil des Landgerichts Hof auf unter Zurückverweisung des Falles (Vertrauensmann der Steinbauer in Hof) an die Vorinstanz.

Jahrtszahlen.

Die Maifestzeitung, welche neuer in weitestlich höherer Auflage als im Vorjahre zur Ausgabe gelangt war, ist bis aufs letzte Exemplar verkauft und ein Nachdruck umständlich. Dieser Erfolg ist zum Teil wohl auch der wirksamen Propaganda zu danken, welche — wenn auch unrettlich — Polizei- und Staats-

annals durch ihre vorjährige Beschlagsnahme für die Mainnummer gemacht haben.

In Karlsruhe ist am Sonnabend der 12. sozialdemokratische Stadterordnete (Bürgerausschuß) mit 1300 gegen 700 Stimmen gewählt worden.

Gen. W. K. von der Schif. Ver. Stg. hat nach viermonatlichem Aufenthalt im Spindler Gefängnis die Freigang verlassen. Er hat sich sehr unter Kette zu leiden gehabt.

Der Jahreskongreß der italienischen Sozialdemokratie wird am 11. Juli in Florenz anberaumt. Er soll drei Tage dauern. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung und der Wichtigkeit der Partei dürfte die Zeit aber wohl überschritten werden. Es gilt die Fäden, welche durch die Krisische Weltanschauung gezogen wurden, wieder zusammenzufassen und eine den Umständen und Verhältnissen entsprechende Gesamt- und Lokalorganisation im ganzen Lande mit Stützpunkten zu schaffen. Der Jahreskongreß der lombardischen Sozialisten tritt Sonntag den 26. Mai in Mailand zusammen.

Ein sozialistischer Generalkongreß findet vom 4. bis 10. Mai in Berlin statt. Bei den Verhandlungen werden besonders zwei Anträge, die Aufhebung der Generalkommission und die Gründung eines Ausständereferendums, Anlaß zu Erörterungen geben.

Einem glänzenden Beweis von Solidarität haben die Arbeiter Jütts geliefert. Sie brachten für die Konturber Textilarbeiter die bedeutende Summe von 9312.55 M. an.

Spanischer Sozialistenkongreß. In Valencia wurde am 18. und 19. d. M. der fünfte spanische Sozialistenkongreß abgehalten. Die Delegierten aus Madrid, Barcelona, Malaga, Alcala, Valladolid und anderen Städten unter den Delegierten befanden sich Pablo Iglesias und andere Mitglieder der „Union General de Trabajadores“ („Allgemeiner Arbeiterbund“), wie sich die spanische Sozialistenpartei nennt.

Zur Arbeiterbewegung.

Die Statuffakten in Leipzig sind mit ihrem Tarif in 23 Geschäften durchgehungen; über die 10 anderen Geschäfte ist die Sperrung befristet worden. Das Bureau befindet sich in Stadt Hannover, Seeburgstraße.

Bergarbeiterstreik. Aus Siegen wird der Rhein-Westf. Stg. berichtet: Am Montag morgen haben mehrere hundert Mann der Grube „Schindberg“ bei Siegen nicht, da ihre Forderungen, kürzere Schichten, Vorkühnung und Trodenlegung während der Streide der 7. Sohle, von der Sechsenverwaltung abgelehnt wurden. Die Schichten der Grube „Silberberg“ bei Eiserfeld wurden am letzten Sonnabend ausständig; sie wollen die Arbeit nicht eher aufnehmen, als bis der Grubenverwalter eine Vorberühnung zugelegt hat. Aus Oberheid wird demselben Blatt mitgeteilt, daß auf den Eilenberggruben Königsweg und Prinzfeld seit Montag morgen etwa 30 Bergleute ausständig sind.

In der Nacht vom 29. d. M. wurde in der Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Vorkühnung. Man glaubt, daß die Meister die Erhöhung bewilligen werden.

Vorbewegungen in der Schweiz. Die Möbel-schreiner in Lausanne haben nach achtstündigem Streik einen kläglichen Sieg errungen. In Schaffhausen haben die 31-mal mehrte ohne Streik erreicht den Jahrslohnbetrag, 45 Centimes Minimallohn der Stunde, Lohnzuschlag von 22 Proz. für Überarbeit und 50 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit. Der Streik der Holz- und Papier in Genf dauert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt 406, abgereiht sind 153. Bei der Firma Baumlin, mechanische Werkstätte in Zürich streifen die Schlichter und Dreher, Forderung: Entlassung des Betriebsleiters.

Ein Kongreß der französischen Eisenbahnarbeiter und Angestellten soll demnächst abgehalten werden, auf dem, wie in früheren Jahren, über die Frage des allgemeinen Ausstehens beraten werden soll. Dabei wird auch das Verlangen um Senz bewilligt. Viele der Eisenbahnarbeiter verachtet, sich zu einem Syndikat zu vereinigen um im Streikfall durch deren Arbeitseinstellung die Mobilmachung nicht zu gefährden, zur Sprache kommen. Schon jetzt werden Meinungen der einzelnen Gruppen der Eisenbahnarbeiter laut, von denen diejenige der Gruppe „Hindus“ bahnt geht. Wenn im Falle der Mobilmachung Eisenbahnarbeiter Streik ausüben, werden alle ausständig Eisenbahnarbeiter unter der Leitung des Ausständekomitees mobilisiert und unterziehen den Verlehen. Dieses wird nicht in direkter, befähigter Verbindung mit dem Streikmittler. Eine Arbeiterabteilung wird den Eisenbahnhelfern zur Bekämpfung der Lokomotiven und des Signalwetens zur Verfügung gestellt. Die Arbeit wird auf das Was des Streikmittlers wieder aufgenommen, jedoch nur insofern sie durch die Mobilmachung bedingt ist.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 5. Mai 1896.

Einem sehr wichtigen Bescheid über das Recht der Arbeiterinnen, nach der Beschließung die geschlechtliche Arbeit zu verrichten erhalten. Diese hat bis zu ihrer Beschließung 175 Wochen gearbeitet und für jede Woche eine Leihgebühr von 10 Pfennigen zu zahlen. Da sie wußte, daß die geschlechtliche Arbeit eine Gefahr

frau nur dann zurückgeleitet werden, wenn die Leihgebühren 250 Arbeitsstunden aufweisen, arbeitete sie nach der Beschließung so lange weiter, bis sie die erforderliche Anzahl Leihgebühren in ihrer Karte hatte, dann stellte sie den Antrag auf Rückübertragung ihrer Beiträge. Dieses Gesuch ist von der Versicherungsanstalt abgelehnt worden, und zwar unter Hinweis auf den § 30 des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Es kann nach dieser Bestimmung nur dann eine Beitragsübertragung erfolgen, wenn vor der Beschließung die erforderliche Anzahl von Arbeitswochen geleistet und durch die Leihgebühren nachgewiesen sei. Eine Arbeiterin, welche nach der Beschließung noch weiter arbeitet, geht dadurch ihres Anspruchs auf Rückzahlung ihrer Beiträge verlustig.

Magdeburg. Kleine Mittel. Anstandslos konnte bisher der Verzeammann unserer Partei mehrere Verammungen, die in verschiedenen Lokalen zu gleicher Zeit stattfinden sollten, auf einmal und auf keinen Namen annehmen. Bei den Verammungen wurde das pöblich unterlag. Natürlich ging die Karte trotzdem vorwärts. Da es des Willens wert wäre, den Defizitionsprozeß kennen zu lernen, auf Grund dessen die Folge der gesetzlichen Bestimmungen die neue Auslegung gibt, ist die Beschwerde einzuwenden.

In dem gegen ihn eingeleiteten Reklamationsverfahren erklärte Gen. Bittelart bei der erneuten Vernehmung, daß er weder den Verzeammann noch den Gewährungsmann der Notiz kenne.

Kleine Provinzial-Chronik. In Nordbavien wird die Gründung einer Vöngerechenschaft geplant. An der Fertigstellung der Bahnhofs- und Eisenbahnarbeiten wird fleißig gearbeitet. Da die zu überwindenden Terrainschwierigkeiten gering und nicht die Bahn rechtzeitig dem Verkehr übergeben werden können. In Schieding ist der Mühlenscheibler Käse in Konstantin geraten.

Der Amtsdirektor Schuchardt in Voigtstedt tette das vierjährige Söhnchen des Arbeiters Meier vom Tode des Erbrennens in der angrenzenden Heide. Im Nächstebd wurden einem Einwohnere in Schönebeurg am 29. d. M. pro Ventner Lebensgewicht geboten. In Uderberg bei Staßfurt sind mehrere Fälle von Gemisurde aufgetreten. Für das Bahnhofsrestaurant in Hettstedt sind 18 Nachtarbeiter abzugeben worden. deren höheres 3800 Mark betrug. Der Badergasse Alwin Witzig aus Schieding wurde wegen seiner Diebstahl, die er im vorigen Sommer beim Madermeister Heilsgart in Schieding verübt hat, vom hiesigen Landgericht zu 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus verurteilt. In Wörschena bei Eilenburg sind Mittels Gemisurde aus dem Bahnhofs Magaren und Vargab gefoltert worden. Der schon bestrafte Bahnhofsmeister Veum wurde bei Wörschena bei Eilenburg konventionell von Rüge überfahren und so verletzt, daß er bald darauf starb. Die jährliche Witwe Luise Voigt aus Könnitz bei Aßlen wurde erhängt aufgefunden. Es ist fraglich, ob Selbstmord oder Mord vorliegt.

Aus dem Reich.

Dresden. Wieder sind zwei Schuttnaben zu überaus hohen Gefängnisstrafen verurteilt, diesmal vom hiesigen Schöffengericht. Die beiden dreizehn- und vierzehnjährigen Knaben, die schon einmal zu empfindlichen Gefängnisstrafen wegen Diebstahls verurteilt worden sind, sind im Gefängnis durchaus nicht besser geworden. Sie bestahlen wieder in recht bester Weise eine Kadenkaffe um 2.50 M. Anfolgebessen sind die beiden Kinder zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Wenn die beiden Buben auch noch so verborsten sein würden, so läßt sich eine so hohe Strafe doch nicht verhehlen. Eine Besserung wird dadurch sicherlich nicht erreicht. Und abgesehen davon, werden sie ohnehin.

München. Der Geh. Justizrat Prof. Dr. G. Fedden, der Herausgeber des bekannten Tagebuches Kaiser Friedrichs, wurde in der Nacht zum Freitag in seinem brennenden Schlafzimmere verhaftet aufgefunden.

Vermischtes.

* Seitiger Schneefall in Nord- und Süd-Lagern hat große Verkehrsstörungen verursacht. Auch in ganz Niederschlesien, Steiermark und im Salzkammergut fällt seit Sonnabend Schnee. Nach einem Teufels aus El Paso (Mexico), fürste das Nachschauen des Gubanau-Bergwerkes ein, 64 Personen worden verurteilt. Sie ist jetzt 17 Tote und 13 Verwundete geboren worden.

* Die Einwohnerzahl von Paris beträgt nach der Volkszählung vom 29. März d. J. 2,511,955, d. i. 87,250 mehr als im Jahre 1891. Durch eine Explosion in einer Kohlengrube in Niederschlesien bei Leeds sind etwa 100 Menschen verurteilt worden; Einzelheiten fehlen noch.

Händewäsche: Kastrirte Halle, 29. April.

Aufgeboten: Der Maurer Karl Baumann u. Marie Stiefel (Unterlang 7). Der Formandemeister Hermann Schaaf und Anna Schick (Hofstraße 19). Der wälsche Arzt Dr. med. Joseph Reus und Luise Baumgartl (Wärschein 17). Der Stellmacher Alfred Reichel und Lina Hipp (Dienig und Bettin). Der Schmiech Julius Kramer und Anna

Simolt (Boernde). Der Volkegelegen Kaufmann Salefste und Vertheil Krönitz (Halle 1). Der Oberster Hof-Regierung und Birgine Krögel (Rebra). Der Weidmayer Karl Berger und Klara Küstenbrück (Rebra 4 und Weidmayer).

Beschließung: Der Koch Karl Heinrich und Feodora Wolf (Rebra). Der Konditor Albert Berger eine T. Anna Elisabeth Charlotte (Wärscheinstraße 13). Dem Handarbeiter Heinrich Ulrich eine T. Ida Anna (Wärschein 11). Dem Schneider Adolf Vogel eine S. Fritz Kurt (Brummenstraße 16). Dem Reifelehrling Otto Schwann eine T. Emma Gertraud (Fährnerstraße 44). Dem Händewerker Max Wölter eine S. Paul Hermann Hans (Glauchberg 52 a).

Geboren: Des Maurers Wilhelm Deutshaus S. Walter, 2 Jahre (Kinn). Die Witwe Emilie Dittmer geb. Maurer, 34 Jahre (Sommerstraße 8). Der Maurer August Marx, 51 Jahre, Hrn. der Margrabe 6. Des Bahnarbeiters Franz Reinhardt 21. Fritz, 10 Monate. (Hartentente 1). Des Schneiders Heinrich Eduard L. Gln. 8 Monate (Wingbergstraße 13). Des Schreiners Friedrich Horn L. Dora, 4 Monate (Steinweg 12). Des Mechaniker Wilhelm Krumppe Ehefrau Amalie geb. Södel, 42 J. (gr. Steinstraße 63). Die Witwe Emilie Schindler geb. Werten, 77 Jahre (Hallestr. 7). Der Rentner Carl Schindler, 75 Jahre (Kinn). Der Klüber Friedrich Heber, 50 J. (Kinn).

30. April.

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter Albert Sipp und Vertheil Robert Schallerhoff 1. Der Maurer Wilhelm Madula und Friederike Frau (Schüpenstraße 2). Der Schloffer Hermann Güttler und Martha Jacobi (Wahnhofstraße 8 und Leipzigerstraße 82). Der Kaufmann Max Gausling und Josephine v. Braunau (Thomaststraße 37 und kleine Brauhofstraße 23). Der Photograph Robert Schwanzack und Klara Bauermeister (Wärscheinstraße 11 und Halle a. S.). Der Jahndmeister Heinrich Stein und Meta Erbe (Frankfurt a. M.). Der Arbeiter Karl Siebman und Emma Vogel (Wärscheinstraße 13).

Beschließung: Der Fleischer Bernhard Hofmann und Martha Müller (Krodel 18 und Kottentente 29).

Geboren: Dem Eisenbahner Otto Walter ein S. Paul Otto (Barthstraße 1). Dem Ober-Vollschiffen Friedrich Wüchmann ein S. Julius Fritz (Wärscheinstraße 62). Dem Lehrer Albert Klaffenbach ein S. Ernst Otto Hans (Wärscheinstraße 4). Dem Badermeister August Wiegand eine T. Minna Margarete (Thomaststraße 37 und kleine Brauhofstraße 23). Dem Händewerker Johannes Eduard Hermannstraße 27. Dem Handarbeiter Maria Sypira ein S. Maximilian Walter (Steig 3). Dem Salzgeber Karl Moritz eine T. Julie Anna (Unterlang 7).

Geboren: Des Eisenbahners Philo Engelhardt L. Marie, 2 Mon. (Wärschein 4). Des verstorbenen Schriftelehrer Reinhold R. R. 20. Dem Volkegelegenen Carl Bräde ein S. E. Johannes Eduard (Hermannstraße 27). Dem Handarbeiter Maria Sypira ein S. Maximilian Walter (Steig 3). Dem Salzgeber Karl Moritz eine T. Julie Anna (Unterlang 7). Des Eisenbahners Wilhelm Horn 75 Jahre (Kottentente). Des Eisenbahners Wärschein a. 2. Robert Friederich Schwanzack geb. Gogel, 56 J. (H. Sandberg 7). Des Privatmann Franz Fritz Ehefrau Vertha geb. Heinrich, 64 Jahre (Kottentente 15). Die Witwe Sophie Kräbe geb. Gorgas, 78 J. (Hermannstraße 9).

1. Mai.

Aufgeboten: Der Konditor Paul Götz und Marie Menz (Bismarck 26 und Gersberg 12). Der Schmiedemeister Rich. Wendt und Klara Kohn (Halle und Sangerhausen). Der Bureauverwalter Otto Rabenstein und Klara Jäuner (Weißentel). Der Photograph Karl Bartel und Minna Sieblitz (Spandau und Eisen). Der Handbar. August Müller und Marie Raupich (Stahlfurt und Halle). Der Kaufmann Rich. Teichmann und Friederike Schwanzack (Weißentel).

Beschließungen: Der Schulmacher Gustav Noad und Vertha Gebhardt (Hörbig und Hirtent. 10). Der Handbar. Otto Schmitz und Anna Hugo (Wärschein 12 und Glauchberg 42).

Geboren: Dem Schneider Herrn. Raupichs eine T. Anna Margarete (Georgstr. 2). Dem Eisenbahner Schreier Will. Friedrich ein S. Carl Wilhelm Hermann (Wärschein 8). Dem Badermeister August Kofe eine T. Elise Charlotte (Wärschein 13). Dem Handarbeiter Herrn. Wilhelm ein S. August Willy (Hofmannstraße 14). Dem Schuhmacher Oskar Pfeiffer ein S. Carl Oskar (Wärschein 4). Dem Schloffer Rudolf Marx eine T. Emma Emma (Höllbergweg 11). Dem versch. Schloffer Bruno Besche ein S. Bruno Karl (Hallestr. 2). Dem Handarbeiter Emil Müller eine T. Marie Vertha (Schüpenstr. 23). Dem Wärscheinfabrikanten Herrn. Pindemann ein S. Reinhard Wilhelm Johannes (Wöllbergweg 17).

Geboren: Des Schneidermeisters Robert Brauns S. Ehrhard, 3 W. (Hofstadt 4). Der Maurer Wilhelm Steinbecker, 56 J. (Kinn). Des Wärschein, August Schwanzack S. Walter, 7 Mon. (Wärscheinstraße 10). Des Goldschmiedes Herrn. Nachow L. Fritz, 3 W. (Hofstraße 11). Des Volkegelegen Herrn. Diege S. Hermann, 7 J. (Sophtent. 7). Des Handbar. August Fischer S. Richard, 10 Mon. (H. Sandberg 7). Klara Martha Siebert, 21 J. (Hofstr. 15). Der Streckenarbeiter Gottlieb Teufel, 32 J. (Hermannstraße).

Für die Redaktion verantwortlich: A. Reimann in Hall.

Sämtliche Schneider-Bedarfsartikel

Konsum-Verein
für Giebichenstein und Umgegend.
(E. G. m. b. H.)

Wir fordern hierdurch unsere Mitglieder auf, ihren Bedarf an

Bricketts und Naphthalin

sofort zu beden, da wir für später eingehende Bestellungen keine Verpflichtung für rechtzeitige Lieferung übernehmen.

Die Lieferung erfolgt frei Haus und Platz zu den bisherigen Sommerpreisen.

Bestellgelisten sind in unseren Verkaufsstellen in Giebichenstein, Halle und Ströhlitz in Empfang zu nehmen und nach Ausfüllung und genauer und deutlicher Angabe der Abreise wieder dort abzugeben.

Der Vorstand.

Großer Ausverkauf

wegen Umbau und Vergrößerung des Geschäftslokals.

Es kommen zu ganz bedeutend ermäßigten, aber streng festen Preisen zum Verkauf:

Herren- und Knabenhüte, Kravatten, Wäsche, Schirme, Stöcke, Hosenträger, Handschuhe, Portemonnaies, Zigarrenetuis, Herrensocken u. s. w.

Der Verkauf findet genau zu den im Schaufenster angestellten ausnahmeweise sehr billigen Preisen statt.

M. F. Kauffmann Nachf. A. Najork, für Herrenartikel

nur große Ulrichstraße 38, neben dem goldenen Schiffe.

in nur guten Qualitäten empfiehlt zu billigsten Preisen

Wilhelm Nellen,
Oleariusstraße 8^a

Möbelfabrik und Magazin

Bernh. Grunwald, Rathausstraße 6,
empfehlen sein groß-S Lager selbstgefertigter Möbel, Spiegel und Volkswaren zu billigen Preisen. Durch Erprobung hoher Volkmennete und nur eigene Fabrikation bietet die dem geübten Publikum in mehren bedeutend vergrößerten Arbeits- und Lagerräumen nur gute selbstgefertigte Möbel, sowie permanent aufgestellte kompl. Zimmereinrichtungen unter jeder gewünschten Garantie zu den denkbar billigsten Preisen.

Kein Laden, nur Rathausstraße 6, Bernh. Grunwald, Tischlermeister.

Ueber Nacht

trocknet die Fußboden-Farbe a 2 Pfennig 1/2 Gallon zu einem in Str. Ulrichstr. F. A. Palz.

Für Turner!

Turner-Schuh: von 1.25 an
Turner-Hosen: von 2.00 an
Turner-Penden v. 1.30 an
Turner-Jaden von 1.00 an

H. Elkan

Warenhaus für sämtl. Bekleidungsgegenstände

nur Leipzigerstr. 89.

C. Hammer,

Diebstahlversicherung: 12 M., Silber mit Goldband 10 M., Sammeluren 12 M., Requisite 1.50 M., 12 M., Wieder 2.50 M.

Bitte namentlich das



Bitte namentlich das

Billigstes Atelier für Reparaturen: A. H. neue Feder einrichten und Regulieren der Uhr 1 M., Glas, Zeiger, Uhrwerke a 10 Pf., Schlüssel 5 Pf., Preisangabe vorher: für jede Uhr 1 M. an.

W. ein alte Häufige, Bäume zu 5 J. rauchen, mit verlane Nr. 52, u. 6 J. Nr. 83. Bannicke, Wärschein 59.